

Center for Philanthropy Studies (CEPS) Universität Basel
 Totengässlein 3, CH-4051 Basel
 Tel.: +41 61 267 23 92 Fax: +41 61 267 23 93 E-Mail: ceps@unibas.ch
 www.ceps.unibas.ch

EDITORIAL

Liebe Leserinnen und Leser



Eine Demokratie ohne Non-profit-Organisation (NPO) ist kaum denkbar, wie der nebenstehende Beitrag von Marybel Perez beweist. NPO kanalisieren Bürgerinteressen und leiten sie an die Politik

weiter, gleichzeitig helfen sie wiederum subsidiär bei der Umsetzung staatlicher Aufgaben. Der Politik sollte daher viel daran liegen, die Funktionsfähigkeit der NPO zu erhalten. Derzeit sind in der Schweiz 77'000 Stiftungsräte und geschätzte 600'000 Vereinsvorstände aktiv, die überwiegende Mehrzahl von ihnen engagiert sich ehrenamtlich. In letzter Zeit klagen aber immer mehr NPO – insbesondere kleinere Vereine und Stiftungen – über Schwierigkeiten bei der Neubesetzung dieser Posten. Neben eigener Versäumnisse bei der Nachfolgeplanung liegt das auch an den stetig steigenden Anforderungen an Vorstände und Stiftungsräte, ausgelöst durch neue Gesetze oder behördliche Vorgaben zu Berichts- und Sorgfaltspflichten. Wenn das Freizeitengagement in einer NPO genauso durch Bürokratie geprägt ist wie die bezahlte Arbeit, verliert es seinen Reiz. Dann suchen sich die Bürger neue Formen und Foren des Austauschs, ausserhalb normierter Rechtsformen. Diese sind aber weniger greifbar und der Politik kommen dadurch wichtige Partner zur Umsetzung ihrer Ziele abhanden. Es ist zu wünschen, dass sich mehr Parlamentarier finden, die dem Wert der NPO für die Demokratie mehr Beachtung schenken.

Ich wünsche eine anregende Lektüre

Ihr Georg von Schnurbein

INHALT

NPO und Politik	01
NPO im Bundeshaus	02
Interview Gerhard Schwarz	03
Konferenzbericht ERNOP	04
Kalender	04

NPO und Staat

Kurz vor den Wahlen in der Schweiz werfen wir einen Blick auf das Verhältnis von NPO und Staat. Als private Organisationen, die für mehr Gemeinwohl stehen, sind NPO die natürlichen Partner des Staates. Genauso können sie aber auch als Beobachter und Kritiker des Staates fungieren. Dr. Marybel Perez, Senior Researcher am CEPS, untersucht das Zusammenspiel von NPO und Politik.

Freiheitliche Demokratien zeichnen sich durch kollektive Entscheidungsfindung aus, das heisst, die Politik basiert nicht nur auf den gängigen etablierten staatlichen Strukturen, wie zum Beispiel Wahlen, sondern sie findet auch in Prozessen gemeinschaftlichen Handelns statt. Bei Letzteren kommt den NPO als intermediäre Vermittler zwischen privaten und öffentlichen Sphären eine wichtige Rolle zu. Sie sind Ausdruck der von den Bürgern geäusserten Meinungen und ihrer politischen Bedürfnisse. Vor diesem Hintergrund stehen NPO für zwei der wichtigsten demokratischen Werte überhaupt: die Vereinigungsfreiheit und die freiwillige Verpflichtung gegenüber dem Gemeinwohl.

NPO als Vermittler

Die genannte Vermittlerrolle kann drei verschiedene Formen annehmen: Zunächst helfen Aktivitäten der NPO den Bürgern dabei, demokratische Werte wie Reziprozität und Vertrauen – was häufig als «Soziales Kapital» bezeichnet wird – zu erlernen. Sie sind Schulen der Demokratie. Zweitens tragen NPO zur öffentlichen Meinungsbildung bei. Sie informieren die Öffentlichkeit über politische Themen und vergleichen verschiedene Optionen miteinander. Damit tragen sie zur politischen Bildung bei. NPO kultivieren in ihrer Eigenschaft als Moderatoren der öffentlichen Meinung die Kunst der Überlegung und des gewissenhaften Abwägens von Handlungsoptionen. Und letztlich können NPO die Öffentlichkeit durch Themenanwaltschaft gegenüber Regierungsinstitutionen repräsentieren. Zu diesen Aktivitäten zählt die Teilnahme an öffentlichen Anhörun-

gen oder Lobbyarbeit. Sie geben der Gesellschaft eine von Parteien unabhängige Stimme. Welche Vermittlerrolle NPO einnehmen hängt von ihren Zielen und Möglichkeiten ab.

NPO als Ausdruck der Pluralität

Eine Prämisse für die Ausübung der Vermittlerrolle ist die Existenz einer freiheitlichen Demokratie, die auf Meinungspluralität aufbaut. NPO gewährleisten die Wahrung dieser Pluralität. Sie sind zugleich auch Beobachter der staatlichen Machtausübung. NPO nehmen einen kritischen Blick gegenüber Staatsaktivitäten ein und zählen somit zu den wichtigen etablierten Kontrollmechanismen in der Gesellschaft. Nicht zuletzt ist dies der Grund, weshalb an NPO verstärkt die Forderung nach mehr Rechenschaftspflicht und Transparenz gestellt wird; das Thema der NPO Governance ist seit geraumer Zeit unter Regierungen, Akademikern und Praktikern sehr beliebt. Nimmt ein Akteur wie eine NPO eine tragende Rolle hinsichtlich des Engagements für Demokratie und Gemeinwohl ein, so muss dieser auch selbst rechenschaftspflichtig und demokratisch sein.

Zwischen den NPO und dem Staat verläuft jedoch keine eindeutige Trennlinie. NPO unterliegen dem Einfluss des Staates. Durch das Gesetz und die Politik werden NPO in einer bestimmten Sache entweder zur Mobilisierung ermutigt oder davon abgehalten. Je nach Momentaufnahme im Laufe der Geschichte variieren die Gesetze und die politischen Ansichten, die die Wahrnehmung von NPO jeweils aus der Sicht der Regierenden wiedergeben.

NPO und soziale Dienstleistungen

Eine weitere Betrachtungsweise auf das Verhältnis zwischen Staat und NPO ist ihr Zusammenspiel in der Bereitstellung von sozialen Dienstleistungen. NPO können dabei eine substitutive oder komplementäre Rolle gegenüber dem Staat einnehmen.

Wenn dem Staat die Mittel oder die Fähigkeiten fehlen, für bestimmte von den Bürgern als erforderlich angesehene Dienstleistungen aufzukommen, wird er versuchen, die Bereitstellung dieser Dienstleistungen in der Zivilgesellschaft anzuregen – vorausgesetzt, die Märkte sehen von der Lieferung des Angebots ab. In dieser Situation stellen NPO Leistungen zur Verfügung, die in anderen Ländern als Aufgabenbereich des Staates gesehen werden. Sie ersetzen (substituieren) staatliche Leistungen. Ein Beispiel dafür ist das Konzept der Big Society in England.

Auf der anderen Seite kann der Staat der Meinung sein, dass soziale Dienstleistungen besser von privaten Organisationen wie NPO ausgeführt werden können. Er ist bereit dafür zu zahlen. NPO nehmen dann eine ergänzende Rolle ein. Sie komplementieren die wohlfahrtsstaatlichen Leistungen des Staates und arbeiten eng mit diesem zusammen, wie es z.B. in Deutschland der Fall ist.

NPO können aktiv für den Ausbau des Wohlfahrtsstaats eintreten. Diese Situation tritt ein, wenn ein Staat kein Interesse daran hat, bestimmte Dienstleistungen zu erbringen, die jedoch von den Bürgern als notwendig erachtet werden. Unter diesen Umständen werden die Bürger selbst aktiv. Sie zeigen die Schwächen des Staates auf und fordern mehr staatliche Unterstützung ein. Als Gegenstrategie kann der Staat seinerseits auf bestimmte Schwächen der NPO hinweisen.

Nach einiger Zeit formen die Beziehungen zwischen NPO und Staat bestimmte Strukturen im NPO-Sektor. Es lassen sich vier Hauptmodelle unter den NPO-Sektoren ausmachen: liberale und korporatistische Systeme, in denen die NPO-Sektoren eine beträchtliche Grösse annehmen und in dieser Form in der Schweiz und in Deutschland zu finden sind. Auf der anderen Seite stehen dirigistische und sozialdemokratische Systeme, die eher kleine NPO-Sektoren ausbilden, wie es beispielsweise in Japan oder in Italien der Fall ist.

Gegenseitige Abhängigkeit

Die Abgrenzung zwischen NPO und dem Staat ist besonders schwierig, wenn NPO eine komplementäre Rolle einnehmen. Dies begründet sich darin, dass eine gegenseitige Abhängigkeit zwischen NPO und Staat entsteht, wobei der Staat die Dienstleistungen der NPO benötigt und die NPO von den Leistungsverträgen des Staates abhängen.

Social Origins Theorie

Aufbauend auf ihre vergleichende Forschung von Nonprofit Sektoren in über 20 Ländern haben Salamon & Anheier 1996 an der Johns Hopkins Universität die Social Origins Theorie entwickelt, welche zwischen vier grundsätzlichen NPO-Regimetypen unterscheidet. Je nach der Höhe der wohlfahrtsstaatlichen Ausgaben (hoch/niedrig) und der Grösse des NPO-Sektors (gross/klein) nennen sie diese Typen: dirigistisch (n/k), sozialdemokratisch (h/k), liberal (n/g) oder korporatistisch (h/g). Die Regime sind historisch gewachsen. Ihr Grundmodell hängt von der herrschenden Ideologie ab, ob der Staat oder die Zivilgesellschaft Hauptproduzent von Wohlfahrt sein soll.

Salamon, Lester M. and Helmut K. Anheier. "Social Origins of Civil Society: Explaining the Nonprofit Sector Cross-Nationally." Working Papers of the Johns Hopkins Comparative Nonprofit Sector Project, no. 22, edited by Lester M. Salamon and Helmut K. Anheier. Baltimore: The Johns Hopkins Institute for Policy Studies, 1996.

Nimmt diese gegenseitige Abhängigkeit zu grosse Ausmasse an, besteht die Gefahr, dass NPO von ihren eigentlichen Zielsetzungen abweichen, um sich überlebenswichtige Leistungsverträge zu sichern. Die Parteien haben unterschiedliche Auffassungen über die Rolle von NPO. Folglich ist die Politik, einschliesslich der Wahlen, für NPO ein wichtiges Thema. Sie müssen hier jedoch vorsichtig agieren. Die Versuchung der Parteinarbeit ist gross. In dieser Konstellation werden NPO politisiert und ihre Rolle kann sich von derjenigen des Vermittlers und Anwalts der Zivilgesellschaft zu der des verlängerten Arms der Regierung verschieben.

Dadurch, dass der Staat von den NPO in der Erbringung der sozialen Dienstleistungen abhängig ist, heisst dies aber auch, dass NPO in gewisser Weise über politische Macht und über Einflussmöglichkeiten auf die Regierung verfügen.

NPO werden wichtiger

Die Politisierung und mangelnde Rechenschaftspflicht von NPO werden wohl die Debatte über ihre Legitimität als demokratische Akteure in den kommenden Jahrzehnten anheizen. Umso mehr als die sozialen Probleme immer komplexer werden und Regierungen sich an Technokratien orientieren. Der Staat wird sich zunehmend auf NPO als Partner verlassen müssen, die neue Lösungen für gesellschaftliche Herausforderungen entwickeln und umsetzen. NPO werden ihren Handlungsspielraum vergrössern und damit auch einem erhöhten Risiko der Politisierung ausgesetzt sein. Zudem wird diese Entwicklung durch die Verwirtschaftlichung der NPO noch verschärft – dem Konkurrenzdruck innerhalb der Märkte könnte die Organisationsform der NPO zum Opfer fallen.

Dies ist jedoch wiederum ein anderes Thema, zu dem eine eigene Diskussion geführt werden muss.

Marybel Perez ist seit Januar 2015 als Senior Researcherin am CEPS tätig. Sie hält einen Master in Politikwissenschaften der Universität von Madrid und promovierte an der Universität von Bergen in Norwegen. Ihr Forschungsschwerpunkt ist die Beziehung zwischen NPO und Politik.

Quellenauswahl:

Anheier, Helmut. 2013. 'The Nonprofits of 2025,' Stanford Social Innovation Review, pp. 18–20.

Hoffman, Jochen. 2011. 'In The Triangle of Civil Society, Politics and Economy: Positioning Magazines of Nonprofit Organizations,' Voluntas: International Journal of Voluntary and Nonprofit Organizations, 22(1), pp. 93–111.

Warren, Mark. 2003. 'The Political Role of Nonprofits in a Democracy,' Society, pp. 46–51

NPO im Bundeshaus

Die Wandelhalle ist der Vorraum zum Schweizer Parlament. Hier kommen die gewählten Volksvertreter mit den Lobbyisten in Kontakt. Jeder Parlamentarier hat das Recht, zwei Zutrittskarten zu vergeben. Auch NPO sind dabei.



Die Zutrittskarten für das Bundeshaus und somit auch zur Wandelhalle werden im Volksmund auch als Lobbypässe bezeichnet. Wer einen solchen hat, kann direkt im Bundeshaus auf die Politiker zugehen und sein Anliegen vorbringen. Laut Parlamentsgesetz müssen die Gäste ihren Namen und Funktion in ein öffentlich einsehbares Register eintragen. Ein Blick in diese Liste zeigt, dass auch NPO stark in der Wandelhalle vertreten sind. So sind z.B. drei Personen des WWF als Gäste eingetragen, Greenpeace hält zwei Zutrittskarten und Pro Natura gar fünf. Neben den Umweltorganisationen lassen sich aber

auch Verbände und NPO aus anderen Bereichen finden: Alliance Sud, Solidarité sans frontières oder Amnesty International stehen auf der Gästeliste. Dabei ist ein Trend relativ klar. Während die NPO primär von Parlamentariern aus dem linken und grünen Parteispektrum eingeladen werden, so sind die Lobbypässe der bürgerlichen Parteien öfters für Unternehmensvertreter und -verbände reserviert. Eine NPO, die diese Konstellationen etwas tiefer analysieren möchte ist die Plattform lobbywatch.ch. Sie will den tatsächlichen Einfluss von Lobbyisten auf die Politik offenlegen. Denn eines ist klar: Lobbying findet auf vielen Ebenen statt und ist nicht nur auf den Kontakt in der Wandelhalle beschränkt. Steffen Bethmann

Liberales Gesellschaftsbild

Die als Avenir Suisse bekannte Stiftung Zukunft Schweiz engagiert sich als unabhängiger Think-Tank nach angelsächsischem Vorbild für die gesellschafts- und wirtschaftspolitische Entwicklung des Standorts Schweiz. Sie vertritt eine marktwirtschaftliche Position und orientiert sich an einem liberalen Welt- und Gesellschaftsbild. Der 1999 gegründete Think-Tank wird von mehr als 100 Förderern aus allen Branchen und Regionen der Schweiz unterstützt. Das CEPS spricht mit dem Direktor Dr. Gerhard Schwarz.

CEPS: Avenir Suisse will frühzeitig relevante Themen definieren und Handlungsbedarf sowie Lösungsvorschläge und Denkanstösse aufzeigen. Wie gehen Sie in der Themenauswahl und Lösungsentwicklung vor?

G.S.: Unsere Projektleiter treffen sich regelmässig zu einem Brainstorming. Wir haben viele Kontakte, halten Referate, nehmen an Tagungen teil, spüren den Puls der Leute. Wir lesen Tageszeitungen und Fachliteratur. Daraus entwickeln sich unsere Schwerpunkte. Unsere Programmkommission berät uns bei der Auswahl der Themen und stellt sicher, dass die wissenschaftliche Qualität stimmt. Während wir anfangs fast nur mit externen Spezialisten arbeiteten, produzieren wir heute das Meiste «inhouse». Die ökonomische Perspektive steht im Zentrum, aber wir ergänzen sie durch andere Blickwinkel, denn die meisten Themen verlangen Interdisziplinarität. Auch der Blick über die Landesgrenzen hilft uns. Wir verfolgen die Arbeit ausländischer Think-Tanks und arbeiten mit einigen regelmässig zusammen. Besonders intensiv ist die Zusammenarbeit mit zwei Think-Tanks, die nach unserem Vorbild gegründet wurden: Agenda Austria in Wien und Zukunft.li in Liechtenstein.

Gerhard Schwarz



Der promovierte Ökonom Gerhard Schwarz leitet Avenir Suisse seit November 2010. Zuvor arbeitete er fast 20 Jahre als Wirtschaftsjournalist bei der NZZ. Gerhard Schwarz wurde mehrfach für seine Publikationen ausgezeichnet.

CEPS: Schränkt die Vorabfestlegung auf liberal, marktwirtschaftliche Positionen die Entwicklungen von Lösungsansätzen ein?

Gewiss, wir bieten keine sozialistischen Lösungen. Aber wir haben in der Vergangenheit oft bewiesen, dass wir kreativ, überraschend und undogmatisch sind, in der Themenwahl, in den Antworten. Die Orientierung am Individuum lässt viel mehr offen, als wenn man zu sehr auf den Staat setzt. In dieser spontanen Ordnung, von der Friedrich August von Hayek gesprochen hat, gibt es Raum für Experimente, für Unvorhersehbares und Abweichendes. Und unsere Vorschläge sind keine Patentrezepte, sondern mögliche Lösungsansätze, selbstverständlich

solche, die uns sympathisch sind und denen wir viel zutrauen.

Und wenn Sie sich fragen, welche Wirtschaftsordnung am meisten Wohlstand, Wohlfahrt und technischen Fortschritt gebracht hat, müssen Sie nicht lange suchen: Es ist die Marktwirtschaft. Es wäre geradezu grotesk, nicht an der Weiterentwicklung und Vertiefung der Marktwirtschaft zu arbeiten, sondern Ideen dort zu holen, wo keinerlei positiver Leistungsausweis besteht. Marktwirtschaft heisst Nutzung des Wissens aller Menschen, die sich direkt oder indirekt auf dem Markt begegnen.

CEPS: Avenir Suisse nimmt nicht an politischen Prozessen wie Vernehmlassungen oder Abstimmungen teil. Wieso nicht?

G.S.: Dafür gibt es mehrere Gründe. Der wichtigste: Als Think-Tank wollen wir unkonventionelle Lösungen präsentieren. Dazu braucht es die Orientierung an der langen Frist: Frühzeitige Beiträge zur wirtschafts- und gesellschaftspolitischen Meinungsbildung schaffen eine fruchtbare Basis für Reformen. Dazu kommt, dass es für die kurzfristige Arbeit genügend Institutionen gibt, Parteien oder Verbände. Dann sind wir keine Lobby-Organisation, wir wollen Probleme analysieren und Lösungsideen entwickeln, nicht für die Durchsetzung dieser Ideen kämpfen; das müssen andere tun, die unsere Ideen gut finden. Schliesslich mündet all das in unser Motto: unabhängig, aber nicht neutral. Würden wir uns am politischen Prozess beteiligen, wäre unsere Unabhängigkeit rasch im Eimer, wir würden bestimmten Parteien zugeordnet, nicht einfach einer liberalen Weltanschauung.

CEPS: Gemeinnützige Förderstiftungen halten sich politisch zurück, wobei der Hebel für viele gesellschaftliche Probleme in der Änderung von gesetzlichen Regelungen liegt. Sollten sie sich stärker einmischen?

G.S.: Stifter und Mäzene spenden oft mit grosser Diskretion. Da scheint es irgendwie stimmig, dass sich auch die Stiftungen politisch etwas zurückhalten. Würden sie das nicht tun, würde man ihnen vorwerfen, dass sie grossen, fast anonymen Stiftern als politische Vehikel dienen. Verstärkte Einmischung setzt also Transparenz über die Herkunft der Gelder voraus – und natürlich hängt vieles vom Stiftungszweck ab. Avenir Suisse ist auch eine Stiftung und explizit dafür geschaffen, sich «einzumischen», mit Forschung und Ideen.

CEPS: Eine liberale Gesellschaft lebt von zivilgesellschaftlichem Engagement. Soll und kann der Staat dieses fördern?

G.S.: Ja, sicher. Zivilgesellschaftliches Engagement steht für wahrgenommene Verantwortung und ist Ausdruck einer nicht von oben verordneten, sondern freiwilligen, individuell praktizierten Gemeinwohlorientierung des Eigentums. In Bereichen wie Bildung, Kultur, Soziales, Sport oder Umweltschutz sind Stiftungen ein gutes Instrument zur Mobilisierung privaten Kapitals für gemeinnützige Zwecke. Privates Engagement und Kapital ermöglichen Innovation, Vielfalt und Wettbewerb für die Bewältigung gesellschaftlicher Probleme. Und sie bringen mehr Bedürfnisgerechtigkeit als zentrale Entscheide. Es wäre viel gewonnen, wenn der Staat die Bildung privater Vermögen nicht bremsen und private Initiative nicht verdrängen würde. Eher sollte er Funktionen, die er heute wahrnimmt, in Stiftungen auslagern. Je mehr sich der Staat engagiert, desto höher werden die Steuern sein müssen. Die verfügbaren Mittel möglicher Stifter sinken entsprechend. Fast noch schlimmer ist, dass durch die Wahrnehmung sozialer und kultureller Aufgaben durch den Staat die Menschen sich von ihrer persönlichen Verantwortung entbunden fühlen. Der Staat verdrängt, etwas pathetisch gesagt, die Nächstenliebe.

CEPS: Herzlichen Dank!

CEPS INSIGHT

CEPS Publikationen

Im neu erschienenen «Palgrave Handbook of Global Philanthropy» haben Georg von Schnurbein und Steffen Bethmann das Kapitel über die Schweiz verfasst. Thomas Sprecher, Philipp Egger und Georg von Schnurbein sind die Herausgeber des Band 5 in der Serie Foundation Governance «Swiss Foundation Code 2015». Oto Potluka, Martin Spacek und Jiri Remr haben das CEPS Working Paper No 7: «Non-profit organizations' participation in the management of public programmes: The case of the Czech Republic» publiziert.

Neue Mitarbeiterinnen

Das CEPS hat drei neue Mitarbeiterinnen. Martina Merkle unterstützt die Geschäftsführung. Julia Fischer wird in der Zukunft die Öffentlichkeitsarbeit des CEPS ausbauen und Justine Portenier in der Administration tätig sein.

Philanthropie-Forschung im Aufschwung

Die Forschung über die Philanthropie erlangt immer mehr Bedeutung. Dies verdeutlicht auch der wachsende Erfolg des European Research Networks on Philanthropy (ERNOP). Über 130 Forschende und Praktiker aus 29 Ländern haben sich anfangs Juli an der renommierten ESSEC Business School in Paris getroffen.

Die siebte Ausgabe der ENROP-Konferenz stellt einen Meilenstein in der Europäischen Forschung zum Thema Philanthropie dar. Mit der ESSEC Business School in Paris als Veranstaltungsort erhielt die Konferenz eine Plattform von internationalem Ruf. Damit zeigt sich, dass das Thema Philanthropie Eingang in etablierte Forschungsbereiche gefunden hat und ihm somit vermehrt Beachtung zukommt. Dies wurde unter anderem dadurch deutlich, dass viele Forschende auch von ausserhalb Europas den Weg nach Paris-Cergy gefunden haben, z.B. aus den USA, aus Japan und sogar aus Australien. Auch dass Prof. Johanna Mair von der Hertie School of Governance (Berlin) und der Stanford University als Keynote-Sprecherin gewonnen werden konnte, machte den Stellenwert der Konferenz deutlich. Sie präsentierte die Ergebnisse aus ihrer mehrjährigen Forschungsarbeit zu Venture Philanthropy, welche in der angesehenen Fachzeitschrift «Academy of Management Journal» publiziert wurde.

In zwei Vorträgen präsentierten Mitarbeitende des CEPS Auszüge aus ihrer aktuellen Forschungsarbeit. Georg von Schnurbein und Tizian Fritz zeigten, welche Faktoren das Wachstum von Non-profit Organisationen beeinflussen. Marybel Perez präsentierte in ihrem Vortrag Teile einer Studie zum Stand der international vergleichenden Philanthropieforschung.

Neben zahlreichen weiteren anregenden Vorträgen und Diskussionen wurden die Pausen an der Konferenz dazu genutzt, neue Forschungsvorhaben zu planen. Durch die Anwesenheit vieler NPO-Vertreter, kam es zu einem fruchtbaren Austausch zwischen Wissenschaft und Praxis.

Das Forschungsgebiet der Philanthropie ist stetig am wachsen. Es zeigt die Bedeutung von privatem freiwilligem Engagement für die Gesellschaft auf. Es ist zu erwarten, dass diese Forschung an den Universitäten immer mehr an Bedeutung gewinnt. Die ERNOP Konferenz war ein weiterer Schritt in diese Richtung.

Tizian Fritz

QUARTALZAHL:

24,2

Die Sozialeleistungsquote ist eine volkswirtschaftliche Kennzahl, die angibt, welchen Anteil am Bruttoinlandsprodukt (BIP) ein Staat für soziale Zwecke ausgibt. Mit 24,2% liegt die Schweiz in Europa im mittleren Bereich. Es ist jedoch eine Entwicklung von einem historisch liberalen zu einem korporatistischen NPO-Regime zu beobachten.

Quelle: Bundesamt für Statistik

KALENDER

CEPS WEITERBILDUNG

Jetzt anmelden!

Cours intensif en gestion des fondations donatrices

16. - 18. September 2015, The Graduate Institute, Genève

Philanthropie am Morgen

8. Oktober 2015, WWZ, Uni Basel

Intensiv-Lehrgang

Finanzmanagement in NPO

26. - 30. Oktober 2015, Gunten

Intensiv-Lehrgang

Stiftungsmanagement

7. - 11. März 2016, Sigriswil

CAS Global Social Entrepreneurship

(in Englisch)

Start 4. April 2016

Schweiz & Kambodscha

WEITERE TERMINE

SwissFoundations

Die engagierte Schweiz - zivilgesellschaftliches Engagement im Wandel. Zürcher Stiftungsgespräch 2015

1. Oktober 2015, Zürich, Zunfthaus zur Saffran

seif

Öffentliche Preisverleihung

Award for Social Entrepreneurship

6. Oktober 2015, Zürich, Limmathalle

Universität Liechtenstein

8. Liechtensteinischer Stiftungsrrechtstag 2015

20. Oktober 2015, Vaduz, Universität Liechtenstein

Tag der Stiftungen

Zum Anlass des Europäischen Tags der Stiftungen öffnen auch in der Schweiz viele Stiftungen ihre Türen und informieren über ihre Arbeit.



Der Europäische Tag der Stiftungen wurde 2013 vom Donors and Foundations Network in Europe (dafne) zusammen mit 24 Stiftungsverbänden lanciert. Am 1. Oktober ist es wieder soweit. Die beiden Dachverbände SwissFoundations und profonds haben in der Schweiz die Trägerschaft übernommen und rufen gemeinsam dazu auf, dass sich Stiftungen und Vereine an diesem Tag in der Öffentlichkeit präsentieren und ihre wichtige Arbeit für die Gesellschaft sichtbar machen. Auf der Webseite www.tag-der-stiftungen.ch können alle gemeinnützigen Organisationen ihre geplanten Aktivitäten publizieren. Auf der Seite sind auch Vorschläge für mögliche Veranstaltungsformate zu finden, falls eine Organisation noch nach Inspiration sucht. Schon jetzt scheint es aber ein spannender Tag zu werden. Unter anderem organisiert die Stiftung für angepasste Technologie und Sozialökologie eine Stadtführung durch Zürich, bei der ein konstruktiv kritischer Blick auf das Verhältnis von Konsum und Globalisierung eingenommen wird, das Tierheim in Basel öffnet seine Türen und die Stiftung Habitat informiert im Café Mitte in Basel über ihre Bemühungen sozialen Wohnraum und gemeinschaftliche Flächennutzungen zu fördern. Mitmachen lohnt sich!

IMPRESSUM

HERAUSGEBER



Universität
Basel



Center for Philanthropy Studies,
Totengässlein 3, 4051 Basel
www.ceps.unibas.ch

REDAKTION

Steffen Bethmann
(steffen.bethmann@unibas.ch)

LAYOUT & BILDNACHWEIS

a+ GmbH, Steffen Bethmann
(1 & 2) ©parlamentdienste
© CEPS 2015

Online verfügbar unter: <http://ceps.unibas.ch/service/philanthropie-aktuell-abonnieren/>